

[View this email in your browser](#)

# RT-ZA Infos zu Zentralamerika

September 2024

1. Regional
2. El Salvador
3. Honduras
4. Nicaragua
5. Guatemala

*Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?*

Gerne an: [koordination@rt-za.de](mailto:koordination@rt-za.de)

## 1. Regional

**Russland und Zentralamerika:** Das Zentralamerikanische Parlament (PARLACEN) billigte die Aufnahme der Russischen Föderation als ständigen Beobachterstaat. Am 26. September unterzeichneten 76 der 120 Mitglieder des PARLACEN die Petition zum Eintritt Russlands. Die Initiative ging vom Abgeordneten Guillermo Daniel Ortega Reyes, einem Verbündeten der Regierung von Daniel Ortega und Rosario Murillo in der regionalen Institution, aus und wurde von allen 20 nicaraguanischen Abgeordneten unterstützt. Auch 15 salvadorianische Abgeordnete der Regierungspartei Nuevas Ideas und der linken Partei FMLN, 9 honduranische Abgeordnete der Christdemokratischen Partei, der Demokratischen Vereinigung, der Liberalen Partei und der Regierungspartei Libertad y Refundación (LIBRE) sowie drei guatemalteckische Abgeordnete der Unidad Nacional de la Esperanza (UNE) und der Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca stimmten dafür. Außerdem unterstützten 15 Abgeordnete aus Panama und 14 Abgeordnete aus der Dominikanischen Republik den Antrag. Weitere Beobachterstaaten sind Mexiko, Venezuela, China, Marokko und der Estado Libre Asociado de Puerto Rico.

**Korruption:** Die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE) gab Anfang September bekannt, dass sie vor einem US-Gericht eine Klage gegen ihren ehemaligen Präsidenten, den Honduraner Dante Mossi, eingereicht hat. Er wird des Machtmissbrauchs und der versuchten Erpressung der Institution beschuldigt. Mossi, der von 2018 bis 2023 Präsident war, soll versucht haben, die Entscheidungen von Ratingagenturen über die Bank negativ zu beeinflussen. Darüber hinaus soll Mossi der Klage zufolge seine Position genutzt haben, um Beziehungen zu einem Unternehmen für Elektrofahrzeuge aufzubauen: Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt gründete Mossi ein Unternehmen, das Fahrzeuge desselben Unternehmens exportiert.

Mossi wies die Anschuldigungen zurück und behauptete, dies sei eine Reaktion der BCIE auf seine eigene Klage. Diese hatte er vor drei Monaten eingereicht. Er forderte damals

**Exil:** Die nicaraguanische Regierung hat 135 politische Gefangene aus dem Gefängnis entlassen, die daraufhin nach Guatemala übermittelt wurden. US-Außenminister Antony Blinken gab am 5. September 2024 [in einem offiziellen Statement](#) bekannt, dass seine Regierung sich für die Freilassung der 135 nicaraguanischen Bürger\*innen aus humanitären Gründen eingesetzt hatte.

Präsident Bernardo Arevalo habe zugestimmt, die Gruppe zu empfangen, die nun legale Wege zur Auswanderung und Niederlassung in den USA wahrnehmen könne, so Blinken im Statement. Unter den freigelassenen Personen [befanden sich Studierende, junge Aktivist\\*innen und 13 US-amerikanische NRO-Mitarbeitende](#). Weniger als eine Woche später ordneten Gerichte in Nicaragua die Aberkennung der Staatsangehörigkeit jener Personen und die [Beschlagnahmung ihres Vermögens](#) an. Die Ortega-Murillo-Regierung hatte bereits im Februar 2023 [überraschend 222 politische Gefangene in die USA überführt](#) und deren nicaraguanische Staatsbürgerschaften entzogen.

**Zentralamerikanische Beziehungen:** Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega hat seine Unterstützung für die Entscheidung der honduranischen Präsidentin Xiomara Castro [ausgedrückt](#), das jahrhundertealte Auslieferungsabkommen ihres Landes mit den USA zu kündigen. Ortega beschuldigte die US-Regierung, [Honduras „zerstören“ zu wollen](#). Kritiker von Castros Haltung befürchten, dass die Ablehnung des Auslieferungsabkommens dazu führen könnte, dass Honduras, ähnlich wie Nicaragua, [zu einem Zufluchtsort für Politiker\\*innen aus der Region wird](#), gegen die in ihren Heimatländern Strafverfahren laufen.

---

## 2. El Salvador

**Speakerstour:** Mitglieder des RTZA organisieren eine Rundreise von Aktivistinnen aus El Salvador, die vom 24. September bis zum 11. Oktober 2024 in Deutschland stattfindet. Vidalina Morales, Umweltschützerin und Leiterin der Gemeindeorganisation ADES, und Marisela Ramirez, Menschenrechtsverteidigerin und Sprecherin des Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular, einer zivilgesellschaftlichen Initiative, an der sich mehr als 30 Organisationen beteiligen, berichten auf ihrer Rundreise darüber, was das international durchaus erfolgreich propagierte „Modell Bukele“ für ihr kleines Land in Zentralamerika bedeutet. [Die aktuellen Termine für die Veranstaltung in verschiedenen Städten sind hier zu finden](#).

**Ungeklärter Vorfall:** Der Direktor der Nationalen Zivilpolizei (PNC) [kam am 8. September bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben](#). Zu ihm gesellten sich zwei hochrangige Polizeibeamte, drei Militärs, ein Staatsanwalt und Manuel Alberto Coto Barrientos, einer der Hauptverantwortlichen für ein millionenschweres Verbrechen, der ebenfalls festgenommen wurde. Im Fall Coto wurde von der honduranischen Polizei ermittelt und er sollte von den Regierungsvertretern nach El Salvador gebracht werden. Im Juli dieses Jahres [behauptete Generalstaatsanwalt Rodolfo Delgado jedoch bereits, Coto sei in Panama festgenommen worden](#). Coto soll an der Veruntreuung von 35 Millionen Dollar bei einer Spargenossenschaft namens COSAVI beteiligt gewesen sein. COSAVI [spendete im gleichen Zeitraum des Betrugs 60.000 Dollar an die Partei von Präsident Bukele, Nuevas Ideas](#).

Land eintreten wird, um die salvadorianischen Behörden bei der Untersuchung des tragischen Unfalls zu unterstützen“. Mit dem Tod von Arriaza Chicas und den beiden stellvertretenden Polizeidirektoren verliert die Regierung die drei wichtigsten Vollstrecker des Ausnahmezustands.

**Spionage:** Eine Recherche des Journalisten Héctor Silva Ávalos brachte eine Reihe von Tonaufnahmen ans Licht, die der ehemalige Sicherheitsberater des Präsidenten, Alejandro Muyschondt, bei Treffen mit hochrangigen Vertretern der Regierung von Nayib Bukele heimlich aufgenommen hatte. Aus den Tonaufnahmen geht hervor, dass das Büro von Präsident Bukele die Bespitzelung von Journalisten, Oppositionellen und Mitgliedern der Zivilgesellschaft direkt angeordnet hat. Der heutige Präsident des Kongresses und damalige Privatsekretär von Bukele, Ernesto Castro, ist zu hören, wie er mit Muyschondt vereinbart, Spionageinfrastruktur aufzubauen, und die Unrechtmäßigkeit dieser Aktionen klar anerkennt. El Faro hat die Recherche auf Englisch zusammengefasst.

Muyschondt wurde im August 2023 verhaftet und starb sechs Monate später in staatlicher Haft nach vier Schädeloperationen, Krebs und einem Schlaganfall. Ein Dokumentarfilm von Revista Factum vom August enthüllte die medizinischen Misshandlungen, denen er während seiner Haft ausgesetzt war, sowie Beweise dafür, dass er versucht hatte, vor seiner Verhaftung parteiinterne Korruption anzuprangern.

**Technologie und Repression:** Nutzer\*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen berichteten über die Unterbrechung der Dienste der Messaging-App Telegram in El Salvador am 15. September. Diese Unterbrechung erfolgte am Unabhängigkeitstag, einem Tag, an dem Kritiker der Regierung auf den Straßen der Hauptstadt demonstrierten. In diesen Tagen wurden auch wichtige journalistische Recherchen über die Spionage der Regierung gegen Zivilgesellschaft und Presse veröffentlicht. Darüber hinaus hat das Hacktivistenkollektiv CiberInteligenciaSV in den letzten Wochen Informationen und Dokumente der Regierung über die Plattform Telegram verbreitet. Drei zivilgesellschaftliche Organisationen und der Journalistenverband von El Salvador (APES) forderten in einem gemeinsamen Statement, dass die Unterbrechung untersucht werden müsse, da technisches Fachwissen darauf hindeutet, dass es sich um einen Angriff und keinen technischen Fehler handelt.

---

### 3. Honduras

**Narco-Skandal:** Ein von InSight Crime und Univision Anfang September veröffentlichtes Video aus dem Jahr 2013 zeigt ein Treffen zwischen Carlos Zelaya, dem Schwager von Präsidentin Xiomara Castro und derzeitigen Kongressabgeordneten, und Mitgliedern des honduranischen Kartells Los Cachiros. In dem Video, das heimlich von einer in der Uhr eines Narcos versteckten Kamera aufgenommen wurde, bietet das Kartell 650.000 Dollar für Castros Präsidentschaftswahlkampf in diesem Jahr an. Zelaya hatte in Erwartung der Veröffentlichung der journalistischen Recherche bereits im Rahmen einer Pressekonferenz seine Anwesenheit beim Geheimgespräch zugestanden. Außerdem kündigte er seinen Rücktritt aus dem Kongress an.

Dieser neue Skandal entsteht im Rahmen eines diplomatischen Konflikts mit den USA. Die US-Botschafterin in Tegucigalpa, Laura Dogu, kritisierte ein Treffen von

Drogenhandels angeklagt wird. Anschließend gab der honduranische Außenminister Enrique Reina die Aufhebung des seit 1912 bestehenden Auslieferungsabkommens mit den USA bekannt, nachdem Präsidentin Castro dies über das soziale Netzwerk X (ehemals Twitter) gefordert und das Abkommen als „interventionistisch“ abgelehnt hatte.

**Mord eines Aktivisten:** Am 14. September wurde der Umweltaktivist Juan López in Tocoa, im honduranischen Departement Colón, von einer Gruppe Unbekannter ermordet. López gehörte dem Comité Municipal en Defensa de los Bienes Comunes y Públicos de Tocoa (CMDBCPT) an, wo er sich für den Schutz der Flüsse Guapinol und San Pedro sowie für den Schutz des Naturreservats Carlos Escaleras vor der ständigen Bedrohung durch Bergbau- und Wasserkraftunternehmen einsetzte. Im Oktober letzten Jahres gewährte die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) López und 29 weitere Mitglieder der CMDBCPT vorsorgliche Schutzmaßnahmen mit der Begründung, dass sie sich „in einer ernsten und dringenden Situation befinden, in der sie Gefahr laufen, in ihren Rechten irreparabel verletzt zu werden“. Die CIDH traf diese Entscheidung nach mehreren Vorfällen von Morddrohungen Überwachungen gegen die Umweltschützer im Rahmen ihres Kampfs gegen einen Tagebau.

Juan López war Mitglied der regierenden Partei Libertad y Refundación (LIBRE). Nur zwei Tage vor seiner Ermordung hatte López öffentlich den Rücktritt des Bürgermeisters von Tocoa aus seiner eigenen Partei, Adán Fúnez, wegen „seiner Verbindungen zum Drogenhandel“ gefordert. Fúnez ist in den Skandal um Treffen wichtiger Parteimitglieder mit Drogenhändlern im Jahr 2013 verwickelt.

**Politik:** Im Zusammenhang mit dem Narco-Skandal, in den Carlos Zelaya verwickelt ist, trat Verteidigungsminister José Manuel Zelaya Rosales, Sohn von Carlos Zelaya, am 31. August von seinem Amt zurück. Er rechtfertigte auf X (ehem. Twitter) seinen Rücktritt als Maßnahme, um eine freie Untersuchung der Anschuldigungen gegen seinen Vater zu gewährleisten. Präsidentin Castro hat in seiner Stelle Rixi Moncada als neue Verteidigungsministerin genannt. Moncada war bis Januar 2024 Finanzministerin der honduranischen Regierung und war damals zurückgetreten, um ihre Präsidentschaftskandidatur vorzubereiten. Sie gilt als Favoritin für die Kandidatur der Partei Libre bei den Präsidentschaftswahlen 2025.

**Privatstädte:** Am 21. September erklärte der honduranische Oberste Gerichtshof die sogenannten Privatstädte oder Sonderzonen für Beschäftigung und Entwicklung (ZEDE) für verfassungswidrig. Die Entstehung der ZEDEs wurde 2013 durch ein umstrittenes Gesetz genehmigt, das vom damaligen Präsidenten Porfirio Lobo und dem damaligen Präsidenten des Nationalkongresses, Juan Orlando Hernández, gefördert wurde, welcher Lobo als Präsident nachfolgte und jetzt eine Haftstrafe wegen Drogenhandels in den Vereinigten Staaten absitzt. Das Gericht entschied die Abschaffung des Gesetzes, weil es gegen Artikel der Verfassung verstößt, die nicht geändert werden dürfen.

---

## 4. Nicaragua

**Filme:** Zwei Dokumentationen über Nicaragua werden in den kommenden Wochen in Kinos in ganz Deutschland gezeigt. Der Film *Patrol – Auf Patrouille durch den Regenwald* begleitet eine Gruppe indigener Ranger auf ihren Patrouillen in einem der letzten unberührten Regenwälder Mittelamerikas, um der Zerstörung des Naturschutzreservates

---

Regisseur Camilo Castro de Bell wird bei vielen der Vorstellungen anwesend sein und nach dem Film für Informationen, Fragen und Diskussionen zur Verfügung stehen. [Hier ist ein Überblick aller Termine zu finden.](#)

Die Dokumentation [Ein Traum von Revolution](#) der deutschen Regisseurin Petra Hoffmann zeigt die persönliche Perspektive einer ehemaligen Brigadistin über die sandinistische Revolution, die deutsche Nicaragua-Hilfe und die gegenwärtige Repression unter Daniel Ortega. Der Film wird an verschiedenen Terminen und Kinos in ganz Deutschland im November und Dezember gezeigt. [Hier zum Überblick der Kinotermine.](#)

**Zivilgesellschaft:** Auf die von der Regierung Ortega am 20. August angeordnete plötzliche Schließung von 1500 Nichtregierungsorganisationen [folgte nur eine Woche später die Aufhebung des Rechtsstatus von mehreren hunderten Organisationen.](#) Auch hier handelte es sich hauptsächlich um Organisationen, die mit Kirchen und [Handelskammern](#) verbunden sind. [Überraschenderweise waren auch mehr als 100 Organisationen aus dem Bereich des Reitsports betroffen.](#) Damit beläuft sich die Zahl der Organisationen, die aufgrund der Repressionen der sandinistischen Regierung geschlossen werden mussten, auf 5552. Dies [entspricht 70 % aller Nichtregierungsorganisationen des Landes.](#)

**Pressefreiheit:** Seit dem 12. Juli dieses Jahres ist der [Aufenthaltort der unabhängigen Journalistin und feministischen Aktivistin Fabiola Tercero Castro unbekannt.](#) An diesem Tag [drang die nicaraguanische Polizei gewaltsam in ihr Haus in Managua ein und nahm ihren Computer und einige Akten mit.](#) Obwohl gegen Castro keine formelle Anklage erhoben worden war, wurde sie repressiven Maßnahmen unterworfen, darunter Hausarrest und die Verpflichtung, sich täglich auf einer Polizeistation zu melden. Derzeit gibt es keine Informationen, die bestätigen, dass sie sich in einem nicaraguanischen Gefängnis befindet, weshalb Organisationen [wie Reporter ohne Grenzen und der Verband der Journalisten und unabhängigen Kommunikatoren Nicaraguas \(PCIN\) sie als Verschwundene bezeichnen.](#)

---

## 5. Guatemala

**Justiz:** Guatemala steht kurz vor der Wahl der Richter\*innen, die für die Amtszeit 2024-2029 am Obersten Gerichtshof (CSJ) sitzen werden. Am 23. September [legte die Nominierungskommission dem Kongress, der die Richter wählen muss, die Liste mit 26 Kandidaten vor.](#) Die Sonderbeobachtungsmission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) [hat für den Prozess dieser Wahl einen vorläufigen Bericht vorgelegt, in dem sie die Kriterien für die Bewertung der Kandidaten bedauert und auf die Notwendigkeit einer Reform des Wahlsystems hinweist.](#) Sowohl die OAS-Mission als [auch indigene Autoritäten](#) sowie weitere zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten [die Aufnahme von einer Mehrheit an Kandidat\\*innen mit Korruptionsvorwürfen.](#) Während der Diskussionen wurden sogar elf Kandidat\*innen berücksichtigt, die von den USA im Rahmen der Engel-Liste wegen Korruption oder Beteiligung an der Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern sanktioniert worden sind.

**Pressefreiheit:** Das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) [hat eine Auszeichnung für die guatemaltekische Journalistin Quimy de León angekündigt.](#) Sie ist die Gründerin

Dronungen seitens der Regierung und der Unternehmen gerührt. Dafür wird sie mit dem Internationalen Preis für Pressefreiheit 2024 ausgezeichnet, mit dem Personen geehrt werden, die „außergewöhnliche Herausforderungen bewältigt haben, um weiterhin über ihre Gemeinden zu berichten“.

Trotz des Amtsantritts der Regierung von Bernardo Arévalo bleibt die Lage der Journalisten in Guatemala komplex. Der Journalist José Rubén Zamora, Gründer von elPeriódico, bleibt im Gefängnis, obwohl Arévalo selbst die gegen ihn erhobenen Vorwürfe öffentlich abgelehnt und als politische Verfolgung eingestuft hat. Der Oberste Gerichtshof Guatemalas hat für September 2025 eine Anhörung angesetzt, bei der es um die Wiederaufnahme eines Verfahrens wegen Geldwäsche gegen den seit Juli 2022 inhaftierten Journalisten geht.

**Gerechtigkeit:** In Guatemala findet derzeit der zweite Völkermordprozess statt, diesmal gegen den pensionierten General Benedicto Lucas García. Lucas García war von 1981 bis 1982 Stabschef der Nationalen Armee, als sein Bruder, General Fernando Romeo Lucas, Präsident von Guatemala war. Er wird wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Massakern an der Zivilbevölkerung während des Bürgerkrieges in der Region Ixil im Norden Guatemalas angeklagt. Trotz der Versuche der Verteidigung, den Prozess zu unterbrechen und zu verzögern, findet die nächste Anhörung am 30. September statt, bei der der argentinische Experte Benjamín Carloni Informationen über die militärisch-technische Struktur des Falles vor dem Gericht vortragen wird.

---

---